Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005**Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen nebst Begründung mit der Bitte um Beschlussfassung.

Das bestehende Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen stammt aus dem Jahr 1981. Seitdem hat sich größerer Änderungsbedarf ergeben. Dieser betrifft insbesondere notwendige Anpassungen an Bundesgesetze, wie das Bundesverfassungsschutzgesetz, die Neuregelung der Voraussetzungen zur Wohnungsüberwachung in Artikel 13 Grundgesetz und das Terrorismusbekämpfungsgesetz. Darüber hinaus entspricht das geltende Gesetz nicht den zwischenzeitlich fortentwickelten Anforderungen des Datenschutzes. Weiterer Anpassungsbedarf resultiert aus der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 16. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft, nach der eine engere Zusammenarbeit des bremischen Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem niedersächsischen Landesamt auf der Grundlage einer Harmonisierung der Landesgesetze angestrebt wird.

Der Gesetzentwurf nimmt die notwendigen Anpassungen vor. Aufgrund des Umfangs der Gesetzesänderungen sollen diese zur besseren Übersichtlichkeit nicht mit einem Änderungsgesetz vorgenommen, sondern durch eine Gesamtnovellierung umgesetzt werden.

Der Gesetzentwurf ist an den Vorschriften des geltenden niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 30. März 2004 orientiert.

Gegenüber dem geltenden Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen enthält der Novellierungsentwurf folgende wesentliche Änderungen:

- Anpassung an das Bundesverfassungsschutzgesetz

Der Bund hat in Wahrnehmung seiner Gesetzgebungskompetenz das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz vom 20. Dezember 1990 beschlossen. Dieses Gesetz enthält Vorschriften, die die Länder unmittelbar binden. Mit dem Entwurf des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen wird das bislang geltende Landesrecht den Vorgaben des Bundesrechts angepasst. Der Entwurf trägt der Tatsache Rechnung, dass Verfassungsschutz eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist und diese zur Zusammenarbeit verpflichtet sind.

- Anpassung an die geänderten Voraussetzungen zur Wohnungsüberwachung

Der Gesetzentwurf berücksichtigt die Änderung von Artikel 13 Grundgesetz durch das Gesetz vom 26. März 1998, mit der u. a. die Voraussetzungen für den Einsatz technischer Mittel bei der Wohnungsüberwachung zum Zweck der Gefahrenabwehr (Artikel 13 Abs. 4) und die Verwendung technischer Mittel zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen (Artikel 13 Abs. 5) neu geregelt wurden. Darüber hinaus setzt der Entwurf die Grundsätze der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. März 2004 zum Einsatz technischer Mittel im Schutzbereich des Artikel 13 Grundgesetz um, indem er die daraufhin erfolgten maßgeblichen Änderungen der Strafprozessordnung übernimmt (§ 9 BremVerfSchG-E).

- **Anpassung an das Terrorismusbekämpfungsgesetz**
Der Gesetzentwurf schafft aufgrund der Erkenntnisse aus den internationalen Ermittlungen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und unter Beachtung der Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 notwendige Voraussetzungen zur Informationsgewinnung und -verarbeitung, die sich darauf richten, einen möglichst genauen Überblick über Extremisten und Terroristen zu gewinnen und Personenzusammenhänge und Organisationsstrukturen sowie Finanzwege aufzuhellen (§ 7, § 8 Abs. 1 Nr. 12 BremVerfSchG-E). Des Weiteren enthält der Entwurf die für die Beobachtung von Phänomenen des Ausländerextremismus notwendige Anpassung des Auftragsrahmens des Verfassungsschutzes an aktuelle Entwicklungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 BremVerfSchG-E).
- **Anforderungen des Datenschutzes**
Der Entwurf setzt neben den bereits erwähnten besonderen datenschutzrechtlichen Anforderungen bei der akustischen Wohnraumüberwachung und den besonderen Befugnissen nach dem Terrorismusbekämpfungsgesetz darüber hinaus die vom Bundesverfassungsgericht mit seinem „Volkszählungsurteil“ vom 15. Dezember 1983 erhobenen Forderungen nach normenklaren Regelungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten für den Verfassungsschutz bereichsspezifisch um.

Die staatliche Deputation für Inneres hat den Gesetzentwurf am 6. Oktober 2005 zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen sind mit der Novellierung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen nicht verbunden.

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz – BremVerfSchG)

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes
- § 2 Zuständigkeit
- § 3 Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 4 Aufklärung der Öffentlichkeit
- § 5 Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2

Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

- § 6 Allgemeine Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 7 Besondere Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 8 Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln
- § 9 Einsatz technischer Mittel im Schutzbereich von Artikel 13 Grundgesetz
- § 10 Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene
- § 11 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 12 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen
- § 13 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien
- § 14 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten
- § 15 Verfahrensbeschreibungen

Abschnitt 3

Auskunft

- § 16 Auskunft an Betroffene

Abschnitt 4

Informationsübermittlung

- § 17 Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten
§ 18 Übermittlung von Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz
§ 19 Registereinsicht durch das Landesamt für Verfassungsschutz
§ 20 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
§ 21 Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes
§ 22 Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit
§ 23 Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz
§ 24 Pflichten der empfangenden Stelle
§ 25 Nachberichtspflicht

Abschnitt 5

Parlamentarische Kontrolle

- § 26 Parlamentarische Kontrollkommission
§ 27 Zusammensetzung, Wahl der Mitglieder
§ 28 Kontrollrechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
§ 29 Geschäftsordnung, Geheimhaltung
§ 30 Eingaben

Abschnitt 6

Schlussvorschriften

- § 31 Geltung des Bremischen Datenschutzgesetzes
§ 32 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. Er erfüllt diesen Auftrag durch

1. die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1,
2. die Unterrichtung der Landesregierung und die Mitwirkung an der Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Bestrebungen und Tätigkeiten,
3. die Wahrnehmung der in diesem Gesetz geregelten sonstigen Mitwirkungsaufgaben sowie
4. den in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Informationsaustausch mit anderen Stellen.

§ 2

Zuständigkeit

- (1) Verfassungsschutzbehörde ist das Landesamt für Verfassungsschutz im Geschäftsbereich des Senators für Inneres und Sport.
- (2) Das Landesamt für Verfassungsschutz und polizeiliche Dienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.
- (3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Lande Bremen nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Ihre Befugnisse bestimmen sich dabei nach den Vorschriften dieses Gesetzes.
- (4) Hat sich das Bundesamt für Verfassungsschutz wegen beabsichtigter eigener Maßnahmen im Lande Bremen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz ins Benehmen gesetzt (§ 5 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes), so unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz den Senator für Inneres und Sport über die Herstellung des Benehmens.
- (5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf andere Verfassungsschutzbehörden nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

§ 3

Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz

- (1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über
 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
 2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
 4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind.

Die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz oder die Vertreterin oder der Vertreter bestimmt die Objekte, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 planmäßig zu beobachten und aufzuklären sind (Beobachtungsobjekte). § 6 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes ist regelmäßig zu überprüfen. Sie ist aufzuheben, wenn die Voraussetzung des § 6 Abs. 1 Satz 3 entfallen ist. Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes bedarf der persönlichen Zustimmung des Senators für Inneres und Sport oder seiner Vertreterin oder seines Vertreters.

- (2) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet den Senator für Inneres und Sport regelmäßig und umfassend über die Wahrnehmung seiner Aufgaben und seine Auswertungsergebnisse. Die Unterrichtung soll die zuständigen Stellen in die Lage versetzen, Art und Ausmaß von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1 zu beurteilen und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen.
- (3) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit
 1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen nach Maßgabe des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes,
 2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

§ 4

Aufklärung der Öffentlichkeit

(1) Der Senator für Inneres und Sport klärt die Öffentlichkeit auf der Grundlage der Auswertungsergebnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz durch zusammenfassende Berichte über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 auf. Hierzu gehört ein regelmäßiger Verfassungsschutzbericht, in dem auch die Summe der Haushaltsmittel für das Landesamt für Verfassungsschutz sowie die Gesamtzahl seiner Bediensteten nach Stellen und Beschäftigungsvolumen darzustellen sind.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mit; es kann dabei zugleich über die Wahrnehmung seiner Aufgaben unterrichten.

§ 5

Begriffsbestimmungen

(1) Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss. Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes:
solche, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihnen gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes:
solche, die darauf gerichtet sind, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung:
solche, die darauf gerichtet sind, einen der in Absatz 3 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

(3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz und in der Landesverfassung konkretisierten Menschenrechte.

(4) Eine Gefährdung auswärtiger Belange im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 liegt nur dann vor, wenn die Gewalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewendet oder vorbereitet wird und sie sich gegen die politische Ordnung oder Einrichtungen anderer Staaten richtet oder richten soll.

(5) Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist die Anwendung körperlichen Zwanges gegen Personen und die gewalttätige Einwirkung auf Sachen.

(6) Sammlung von personenbezogenen Daten ist das Erheben im Sinne des Bremischen Datenschutzgesetzes.

Abschnitt 2

Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

§ 6

Allgemeine Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten sowie besonderer Arten personenbezogener Daten nach § 2 Abs. 6 des Bremischen Datenschutzgesetzes erheben und weiter verarbeiten, soweit dieses Gesetz oder andere Rechtsvorschriften nicht besondere Regelungen treffen. Regelungen dieses Gesetzes über die Verarbeitung personenbezogener Daten gelten für die Verarbeitung besonderer Arten personenbezogener Daten gleichermaßen. Voraussetzung für die Sammlung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen, den Verdacht einer der in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten rechtfertigen.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit deren Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben, es sei denn, dass die Erhebung für Zwecke des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht bekannt werden darf. Die Betroffenen sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen.

(3) Ist zum Zwecke der Sammlung von Informationen die Weitergabe personenbezogener Daten unerlässlich, so dürfen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nur im unvermeidbaren Umfang beeinträchtigt werden.

(4) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(5) Bei der Sammlung und Verarbeitung von Informationen hat das Landesamt für Verfassungsschutz von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 7

Besondere Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Schutzgüter vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen. Absatz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunika-

tionsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und die zukünftige Nutzung von Telediensten eingeholt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennungen sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der von der Kundin oder dem Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienstleistungen,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(5) Über das Einholen von Auskünften nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Senator für Inneres und Sport auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz. Der Antrag ist zu begründen und von der Leiterin oder dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz oder der Vertreterin oder dem Vertreter zu unterzeichnen. Die Entscheidung des Senators für Inneres und Sport bedarf der Zustimmung der nach § 1 Abs. 3 des Bremischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes bestehenden Kommission (G-10-Kommission). Bei Gefahr im Verzuge kann der Senator für Inneres und Sport anordnen, dass die Entscheidung bereits vor der Zustimmung der G-10-Kommission vollzogen wird. In diesem Fall ist die nachträgliche Zustimmung unverzüglich einzuholen.

(6) Die G-10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung gemäß Absatz 5 Satz 3 sowie aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften nach den Absätzen 1 bis 4. § 3 Abs. 1 des Bremischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden. Entscheidungen über Auskünfte, die die G-10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat der Senator für Inneres und Sport unverzüglich aufzuheben. Wird die nachträgliche Zustimmung im Fall des Absatzes 5 Satz 4 versagt, so ist die Anordnung aufzuheben und die aufgrund der Anordnung erhobenen Daten sind unverzüglich zu löschen. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen weder den Betroffenen noch Dritten vom Auskunftgeber mitgeteilt werden.

(7) Der Senator für Inneres und Sport unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten die Parlamentarische Kontrollkommission über die Durchführung der Absätze 1 bis 4; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben. Die Parlamentarische Kontrollkommission erstattet der Bürgerschaft jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgründe der Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 4.

(8) Der Senator für Inneres und Sport unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich über die nach den Absätzen 1 bis 4 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

(9) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 3 bis 6 eingeschränkt.

§ 8

Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur heimlichen Informationsbeschaffung, einschließlich der heimlichen Erhebung personenbezogener Daten, nur folgende nachrichtendienstliche Mittel anwenden:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen;
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten;
3. Observationen und für besondere Observationszwecke bestimmte technische Mittel;

4. heimliche Bildaufzeichnungen;
5. verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
6. heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
7. heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel;
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen;
9. fingierte biographische, berufliche oder gewerbliche Angaben (Legenden);
10. Tarnpapiere und Tarnkennzeichen;
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Artikel-10-Gesetzes;
12. technische Mittel, mit denen zur Ermittlung des Standortes und zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschaltete Mobilfunkendeinrichtungen zur Datenabsendung an eine Stelle außerhalb des Telekommunikationsnetzes veranlasst werden.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 dürfen nur angewendet werden, wenn

1. sich ihr Einsatz gegen Personenzusammenschlüsse, in ihnen oder für sie tätige Personen oder gegen Einzelpersonen richtet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 vorliegen;
2. sich ihr Einsatz gegen Personen richtet, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für eine der in Nummer 1 genannten Personen bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben;
3. ihr Einsatz gegen andere als die in den Nummern 1 und 2 genannten Personen unumgänglich ist, um Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder über Bestrebungen zu gewinnen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 genannten Schutzgüter wenden;
4. durch sie die zur Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Quellen in den in Nummer 1 genannten Personenzusammenschlüssen gewonnen oder überprüft werden können oder
5. dies zum Schutz der Bediensteten, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz vor Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder vor sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht erforderlich ist.

(3) In den Fällen des § 53 der Strafprozessordnung ist die Informationsbeschaffung mit den Mitteln nach Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 7 unzulässig; ergibt sich während oder nach Durchführung der Maßnahme, dass ein Fall des § 53 der Strafprozessordnung vorliegt, dürfen die Erkenntnisse nicht verwendet werden. In den Fällen des § 53 a der Strafprozessordnung gilt § 9 Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

(4) Technische Mittel gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 12 darf das Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes einsetzen. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn ohne die Ermittlung die Erreichung des Zwecks der Überwachungsmaßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Personenbezogene Daten Dritter dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Satz 1 unvermeidbar ist. Sie unterliegen einem absoluten Verwendungsverbot und sind unverzüglich zu löschen. § 7 Abs. 5 bis 7 gilt entsprechend. Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(5) Eine Informationsbeschaffung mit den Mitteln nach Absatz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch ein Ersuchen nach § 18

Abs. 3 gewonnen werden kann. Die Anwendung eines Mittels nach Absatz 1 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen, insbesondere nicht außer Verhältnis zu der Gefahr, die von der jeweiligen Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 ausgeht oder ausgehen kann. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(6) Von einem Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, das in seiner Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommt, ist die Parlamentarische Kontrollkommission in der nächsten nach der Anordnung stattfindenden Sitzung zu unterrichten.

(7) Die Behörden des Landes und der Gemeinden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnmaßnahmen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 10) zu leisten.

(8) Die näheren Voraussetzungen für die Anwendung der Mittel nach Absatz 1 und die Zuständigkeit für ihre Anordnung sind in Dienstvorschriften durch den Senator für Inneres und Sport umfassend zu regeln. Für die Anordnung des Einsatzes eines Mittels nach Absatz 1 Nr. 2 im Schutzbereich des Artikel 13 des Grundgesetzes ist die Zuständigkeit der Leiterin oder des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz oder der Vertreterin oder des Vertreters vorzusehen. Vor Erlass solcher Dienstvorschriften ist die Parlamentarische Kontrollkommission rechtzeitig zu unterrichten.

§ 9

Einsatz technischer Mittel im Schutzbereich von Artikel 13 Grundgesetz

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung und Informationsaufzeichnung im Schutzbereich des Artikel 13 des Grundgesetzes ist zulässig, wenn die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes vorliegen und die Erforschung des Sachverhaltes auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert ist. Er darf nur in Wohnungen der verdächtigen Person erfolgen. In Wohnungen anderer Personen ist der Einsatz von Mitteln nach Satz 1 nur zulässig, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass die verdächtige Person sich darin aufhält.

(2) Die Maßnahme ist nur zulässig, soweit nicht aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere der Art der zu überwachenden Räumlichkeiten und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass dadurch Äußerungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Gespräche in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen. Das Gleiche gilt für Gespräche über Straftaten.

(3) Die Maßnahme ist unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen erfasst werden, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind. Erkenntnisse über solche Äußerungen dürfen nicht verwendet werden, Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu dokumentieren. Ist eine Maßnahme nach Satz 1 unterbrochen, so darf sie unter den in Absatz 2 genannten Voraussetzungen fortgeführt werden. Im Zweifel ist über die Unterbrechung oder Fortführung der Maßnahme unverzüglich eine Entscheidung des Gerichts herbeizuführen; § 100 d Abs. 4 der Strafprozessordnung gilt entsprechend.

(4) In den Fällen des § 53 der Strafprozessordnung ist die Maßnahme unzulässig; ergibt sich während oder nach Durchführung der Maßnahme, dass ein Fall des § 53 der Strafprozessordnung vorliegt, gilt Absatz 3 Satz 2 und 3 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53 a der Strafprozessordnung dürfen aus der Maßnahme gewonnene Erkenntnisse nur verwertet werden, wenn dies unter Berücksichtigung des zugrundeliegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(5) Die Maßnahmen bedürfen der richterlichen Anordnung. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat. Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils höchstens drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen für die Anordnung fortbestehen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des

Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Gegen eine Entscheidung, durch welche der Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz abgelehnt wird, steht diesem die Beschwerde zu. Bei Gefahr im Verzuge kann die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz oder die Vertreterin oder der Vertreter die Anordnung treffen; die richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Der Vollzug der Anordnung erfolgt unter der Aufsicht einer oder eines Bediensteten des Landesamtes für Verfassungsschutz, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.

(6) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikel 13 des Grundgesetzes ist auch zulässig, soweit dieser Einsatz zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen unerlässlich ist. Verdeckte Einsätze nach Satz 1 bedürfen der Anordnung durch die Leiterin oder den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz oder durch die Vertreterin oder den Vertreter.

(7) Von einer Maßnahme nach Absatz 1 oder Absatz 6 ist die Parlamentarische Kontrollkommission in der nächsten nach der Anordnung stattfindenden Sitzung zu unterrichten.

(8) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 1 bis 6 eingeschränkt.

§ 10

Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene

(1) Die durch Maßnahmen nach den §§ 7 und 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur nach Maßgabe des § 4 des Artikel-10-Gesetzes weiterverarbeitet werden.

(2) Die mit Mitteln nach § 8 Abs. 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für den Zweck weiterverarbeitet werden, zu dem sie erhoben worden sind. Eine Verarbeitung für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn das zur Erhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen. Für personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 erhoben wurden, gilt § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 sowie Abs. 5 und 6 des Artikel-10-Gesetzes entsprechend. Die Daten dürfen außer zu den in § 9 Abs. 1 genannten Zwecken nur zur Verfolgung der in § 100 c Abs. 2 der Strafprozessordnung genannten Straftaten, sofern die Tat auch im Einzelfall besonders schwer wiegt, und zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person übermittelt werden. Für personenbezogene Daten, die durch solche Maßnahmen nach § 8 Abs. 1 erhoben wurden, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, gilt § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel-10-Gesetzes entsprechend.

(3) Die durch Maßnahmen nach § 9 Abs. 6 erhobenen Daten dürfen außer zu den dort genannten Zwecken nur zu den in Absatz 2 Satz 4 genannten Zwecken verwertet werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Die Verwertung bedarf der richterlichen Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. § 9 Abs. 5 Satz 2 und 5 bis 7 gilt entsprechend. Wird die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nicht nachträglich richterlich bestätigt, so sind die erhobenen Daten unverzüglich zu löschen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in den Absätzen 1, 2 Satz 3 und Absatz 3 bezeichneten Maßnahmen den Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. Kann eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme zu diesem Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, so ist die Mitteilung vorzunehmen, sobald diese Voraussetzung gegeben ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, so erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit der empfangenden Stelle. Einer Mitteilung bedarf es endgültig nicht, wenn

1. die Voraussetzung aus Satz 1 auch fünf Jahre nach Einstellung der Maßnahme noch nicht eingetreten ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten wird und

3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden als auch bei der empfangenden Stelle vorliegen.

Bei den in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen stellt die G-10-Kommission das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 4 fest; § 3 Abs. 1 und 2 des Bremischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes findet entsprechende Anwendung. Bei den übrigen Maßnahmen unterrichtet der Senator für Inneres und Sport die Parlamentarische Kontrollkommission innerhalb von sechs Monaten nach Einstellung über die Mitteilung an die Betroffenen oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist auch über die nach Satz 4 unterbliebenen Mitteilungen zu unterrichten.

§ 11

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass die betroffene Person an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 beteiligt ist, und dies für die Beobachtung der Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist,
2. dies für die Erforschung und Bewertung gewalttätiger Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erforderlich ist oder
3. dies zur Schaffung nachrichtendienstlicher Zugänge zu Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist.

In Akten dürfen über Satz 1 Nr. 2 hinaus personenbezogene Daten auch gespeichert, verändert und genutzt werden, wenn dies sonst zur Erforschung und Bewertung von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten dürfen nur dann in Dateien gespeichert werden, wenn sie aus Akten ersichtlich sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

§ 12

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 11 Daten über das Verhalten Minderjähriger aus der Zeit vor Vollendung des 16. Lebensjahres in Akten, die zu ihrer Person geführt werden, nur speichern, verändern oder nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die betroffene Person eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In automatisierten Dateien ist eine Speicherung von Daten oder über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 16. Lebensjahres nicht zulässig.

(2) Die nach Absatz 1 über Personen vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung zu löschen, es sei denn, dass weitere Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind. Die nach Absatz 1 über Personen nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung auf die Erforderlichkeit einer weiteren Speicherung zu überprüfen. Sie sind spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind.

§ 13

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; es hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn

1. ihre Speicherung unzulässig war oder
2. ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Falle sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen weiter verarbeitet werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder zu sperren sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind spätestens zehn Jahre, über Bestrebungen nach Nr. 3 oder 4 spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten Speicherung einer Information über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 zu löschen.

(4) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke oder zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten nach dem Bremischen Datenschutzgesetz weiter verarbeitet werden.

§ 14

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten

(1) Stellt das Landesamt für Verfassungsschutz fest, dass in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind, berichtigt es diese; sofern die Daten durch die Berichtigung unverständlich würden, ist die Berichtigung mittels eines ergänzenden Vermerks vorzunehmen. Wird die Richtigkeit personenbezogener Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken.

(2) Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, gilt § 13 Abs. 2 und 3 entsprechend. Im Übrigen hat das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten zu sperren, wenn es bei der Einzelfallbearbeitung feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden, und die Daten für die künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr weiter verarbeitet werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

§ 15

Verfahrensbeschreibungen

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist verpflichtet, in einer Beschreibung für jedes automatisierte Verfahren, mit dem personenbezogene Daten verarbeitet werden, festzulegen:

1. die Bezeichnung des Verfahrens und die Zweckbestimmung der Verarbeitung,
2. die Art der verarbeiteten Daten sowie die Rechtsgrundlage ihrer Verarbeitung,
3. den Kreis der Betroffenen,
4. die Empfänger oder den Kreis von Empfängern, denen Daten mitgeteilt werden können,
5. Fristen für das Sperren und Löschen der Daten,
6. die technischen und organisatorischen Maßnahmen nach § 7 BremDSG,
7. eine geplante Datenübermittlung in Staaten außerhalb der Europäischen Union.

Das Landesamt für Verfassungsschutz kann die Angaben nach Satz 1 für mehrere gleichartige Verfahren in einer Verfahrensbeschreibung zusammenfassen. Satz 1

gilt nicht für Dateien, die ausschließlich aus verarbeitungstechnischen Gründen vorübergehend vorgehalten werden.

(2) Verfahrensbeschreibungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Senators für Inneres und Sport. Vor ihrem Erlass ist die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz anzuhören.

(3) Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(4) In der Verfahrensbeschreibung über personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörigen erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

Abschnitt 3

Auskunft

§ 16

Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen auf schriftlichen Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf Angaben zur Herkunft der Daten sowie im Falle von Übermittlungen auf Angaben zu den empfangenden Stellen. Über Daten aus Akten, die nicht zur Person der Betroffenen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die Daten, namentlich aufgrund von Angaben der Betroffenen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. Das Landesamt für Verfassungsschutz bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Die Auskunftserteilung kann nur abgelehnt werden, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der berechtigten Interessen von Dritten geheimgehalten werden müssen oder
3. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist.

Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz unter Abwägung der in Satz 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Interessen mit dem Interesse der antragstellenden Person an der Auskunftserteilung. Die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz kann eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter damit beauftragen, ebenfalls Entscheidungen nach Satz 1 zu treffen.

(3) Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. Die Gründe der Ablehnung sind aktenkundig zu machen. Wird der antragstellenden Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. Ferner ist sie darauf hinzuweisen, dass sie sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. Der oder dem Landesbeauftragten ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Stellt der Senator für Inneres und Sport fest, dass durch die Erteilung der Auskunft nach Satz 5 die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde, so darf die Auskunft nur der Landesbeauftragten oder dem Landesbeauftragten persönlich erteilt werden. Mitteilungen der oder des Landesbeauftragten an die antragstellende Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Mitteilung zustimmt.

(4) Auskunftsrechte, die in anderen Rechtsvorschriften geregelt sind, finden auf dieses Gesetz keine Anwendung.

Abschnitt 4

Informationsübermittlung

§ 17

Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten

Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnitts um die Übermittlung personenbezogener Daten ersucht, so dürfen nur solche Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde oder Stelle bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

§ 18

Übermittlung von Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes und der Gemeinden, insbesondere die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Behörden des Polizeivollzugsdienstes, sowie die sonstigen der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über die ihnen bekannt gewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Behörden des Polizeivollzugsdienstes sowie die Ausländerbehörden übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die in Absatz 1 genannten Stellen um Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Die Ersuchen sind aktenkundig zu machen.

(4) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100 a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Absätzen 1 bis 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 des Artikel-10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel-10-Gesetzes entsprechende Anwendung.

(5) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund anderer strafprozessualer Zwangsmaßnahmen (§§ 94 bis 100, 100 c bis 111 p, 163 e und 163 f der Strafprozessordnung) bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 oder 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bestehen. Die nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zur Erforschung solcher Bestrebungen oder Tätigkeiten genutzt werden.

§ 19

Registereinsicht durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Gewinnung von Informationen über gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 oder 4 oder über Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 die von öffentlichen Stellen geführten Register, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenerlaubnisregister, einsehen.

(2) Die Einsichtnahme ist nur zulässig, wenn

1. eine Übermittlung der Daten durch die registerführende Stelle den Zweck der Maßnahme gefährden würde oder
2. die betroffene Person durch eine anderweitige Informationsgewinnung unverhältnismäßig beeinträchtigt würde.

Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn ihr eine gesetzliche Geheimhaltungsvorschrift oder eine Pflicht zur Wahrung von Berufsgeheimnissen entgegensteht.

(3) Die Einsichtnahme ordnet die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle der Verhinderung die Vertreterin oder der Vertreter, an.

(4) Die durch Einsichtnahme in Register gewonnenen Informationen dürfen nur zu den in Absatz 1 genannten Zwecken verwendet werden. Gespeicherte Informationen sind zu löschen und Unterlagen zu vernichten, sobald sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(5) Über jede Einsichtnahme ist ein gesonderter Nachweis zu führen, aus dem ihr Zweck, das eingesehene Register und die registerführende Stelle sowie die Namen der Betroffenen hervorgehen, deren Daten für eine weitere Verarbeitung erforderlich sind. Diese Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Anfertigung folgt, zu vernichten.

§ 20

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder die empfangende Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung benötigt. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der alliierten Streitkräfte übermitteln, soweit dies im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 3 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) erforderlich ist. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist. Eine Übermittlung darf auch erfolgen, wenn sie

1. zum Schutz von Leib oder Leben erforderlich ist oder
2. zur Erfüllung eigener Aufgaben, insbesondere in Fällen grenzüberschreitender Tätigkeiten des Landesamtes, unumgänglich ist und im Empfängerland gleichwertige Datenschutzregelungen gelten.

Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen, insbesondere deren Schutz vor einer rechtsstaatswidrigen Verfolgung, entgegenstehen. Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. Sie ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen.

(4) Personenbezogene Daten dürfen an einzelne Personen oder an andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 oder

zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen erforderlich ist und der Senator für Inneres und Sport der Übermittlung zugestimmt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über jede Übermittlung personenbezogener Daten nach Satz 1 einen gesonderten Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und die empfangende Stelle hervorgehen. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Anfertigung folgt, zu vernichten. Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. Sie ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen. Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch das Landesamt für Verfassungsschutz mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist. Die Zustimmung nach Satz 1 und das Führen eines Nachweises nach Satz 2 sind nicht erforderlich, wenn personenbezogene Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz zum Zweck von Datenerhebungen an andere Stellen übermittelt werden.

§ 21

Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Behörden des Polizeivollzugsdienstes von sich aus die ihm bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von folgenden Straftaten erforderlich ist:

1. die in § 74 a Abs. 1 und § 120 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten,
 2. sonstige Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielrichtung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation anzunehmen ist, dass sie sich gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Schutzgüter wenden.
- (2) Die Polizeibehörden dürfen zur Verhinderung von Straftaten nach Absatz 1 das Landesamt für Verfassungsschutz um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

§ 22

Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit

Bei der Aufklärung der Öffentlichkeit einschließlich der Medien dürfen personenbezogene Daten nur bekannt gegeben werden, wenn die Veröffentlichung für die Aufklärung über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist und das Interesse der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegt.

§ 23

Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. die Informationen zu löschen sind,
2. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass die Informationen für die empfangende Stelle nicht erforderlich sind,
3. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen, insbesondere ihres Bezuges zu der engeren Persönlichkeits-sphäre der betroffenen Person, und der Umstände ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person das Interesse der Allgemeinheit an der Übermittlung überwiegt,
4. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder

5. besondere Regelungen in Rechtsvorschriften, in Standesrichtlinien oder Verpflichtungen zur Wahrung besonderer Amtsgeheimnisse der Übermittlung entgegenstehen.

(2) Personenbezogene Daten Minderjähriger über ihr Verhalten vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden. Dasselbe gilt für Informationen über Personenzusammenschlüsse, deren Mitglieder überwiegend Minderjährige sind, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 24

Pflichten der empfangenden Stelle

Die empfangende Stelle prüft, ob die ihr nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, so hat sie die entsprechenden Unterlagen zu vernichten und gespeicherte Daten zu löschen. Die Vernichtung und die Löschung können unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 25

Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist. Werden personenbezogene Daten wegen ihrer Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit nach ihrer Übermittlung gelöscht oder gesperrt, so ist dies der empfangenden Stelle unter Angabe der Gründe, die zu der Löschung oder Sperrung geführt haben, unverzüglich mitzuteilen.

Abschnitt 5

Parlamentarische Kontrolle

§ 26

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die parlamentarische Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes übt unbeschadet der Rechte der Bürgerschaft und ihrer sonstigen Ausschüsse eine besondere, von der Bürgerschaft gebildete Parlamentarische Kontrollkommission aus.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode der Bürgerschaft hinaus aus, bis die nachfolgende Bürgerschaft eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 27

Zusammensetzung, Wahl der Mitglieder

(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus drei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern. Die Bürgerschaft wählt sie zu Beginn jeder Wahlperiode aus ihrer Mitte.

(2) Scheidet ein Mitglied oder stellvertretendes Mitglied aus der Bürgerschaft oder aus seiner Fraktion aus, verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; es ist unverzüglich ein neues Mitglied oder stellvertretendes Mitglied zu wählen. Das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 28

Kontrollrechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Der Senator für Inneres und Sport ist verpflichtet, die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz im Allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht, Auskünfte des Senators für Inneres und Sport einzuholen, von diesem Einsicht in Akten und andere Unterlagen sowie Zugang zu Einrichtungen des Landesamtes für Verfassungsschutz zu verlangen und Auskunftspersonen anzuhören. Sie übt diese Rechte auf Antrag mindestens eines ihrer Mitglieder aus.

(3) Das Kontrollbegehren ist an den Senator für Inneres und Sport zu richten; dieser kann widersprechen, wenn es die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz gefährden würde; dies hat er vor der Parlamentarischen Kontrollkommission zu begründen.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann feststellen, dass der Unterrichtsanspruch nicht oder nicht hinreichend erfüllt und eine weitergehende Unterrichtung erforderlich ist; hiervon kann sie der Bürgerschaft Mitteilung machen.

§ 29

Geschäftsordnung, Geheimhaltung

(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt eine Person, die den Vorsitz ausübt und gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt auch, unter welchen Voraussetzungen Sitzungsunterlagen und -protokolle von den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission oder ihren stellvertretenden Mitgliedern eingesehen werden können. Beschlüsse der Parlamentarischen Kontrollkommission bedürfen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Person, die den Vorsitz ausübt.

(2) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind; dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

§ 30

Eingaben

Eingaben von Personen über ein sie betreffendes Verhalten des Landesamtes für Verfassungsschutz sind der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kenntnis zu geben.

Abschnitt 6

Schlussvorschriften

§ 31

Geltung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt, finden die Vorschriften des Bremischen Datenschutzgesetzes Anwendung.

§ 32

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1982 (Brem.GBl. S. 91 – 12-b-1) außer Kraft.

(2) § 7, § 8 Abs. 1 Nr. 12 und § 9 treten mit Ablauf des 10. Januar 2007 außer Kraft. Sie sind vorher zu evaluieren.

Begründung

A. Allgemeines

Der Bund hat – in Wahrnehmung seiner Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 73 Nr. 10 Buchstaben b und c des Grundgesetzes (GG) – das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz

– BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 beschlossen. Dieses Gesetz enthält Vorschriften, die die Länder unmittelbar binden. Mit dem Entwurf des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen soll das bislang geltende Landesrecht – wie in den anderen Ländern bereits geschehen – den Vorgaben des Bundesrechts angepasst werden. Der Entwurf trägt der Tatsache Rechnung, dass Verfassungsschutz eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist und diese zur Zusammenarbeit verpflichtet sind. Um darüber hinaus die angestrebte Kooperation zwischen dem bremischen und dem niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz zu erleichtern, folgt der Gesetzentwurf – inhaltlich, im Aufbau und auch sprachlich einschließlich der Nummerierung der Paragraphen – großenteils dem geltenden niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2004, 117).

Der Entwurf erfüllt darüber hinaus die vom Bundesverfassungsgericht mit seinem „Volkszählungsurteil“ vom 15. Dezember 1983 erhobenen Forderungen nach normklaren Regelungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Der Entwurf beachtet des Weiteren die für die Beobachtung von Phänomenen des Ausländerextremismus notwendige Anpassung des Auftragsrahmens des Verfassungsschutzes an aktuelle Entwicklungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4). Er berücksichtigt die Änderung von Artikel 13 GG durch das Gesetz vom 26. März 1998 (BGBl. I S. 610), mit der u. a. die Voraussetzungen für den Einsatz technischer Mittel bei der Wohnungsüberwachung zum Zweck der Gefahrenabwehr (Artikel 13 Abs. 4 GG) und die Verwendung technischer Mittel zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen (Artikel 13 Abs. 5 GG) neu geregelt wurden. Die besonderen Anforderungen, die sich aus der neueren Rechtsprechung des BVerfG für diesen Bereich ergeben, sind berücksichtigt worden.

Zugleich schafft der Entwurf aufgrund der Erkenntnisse aus den internationalen Ermittlungen nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 und unter Beachtung der Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes durch Artikel 1 des Terrorismusbekämpfungsgesetzes vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361) die notwendigen landesgesetzlichen Voraussetzungen zur Informationsgewinnung und -verarbeitung, die darauf gerichtet sind, einen möglichst genauen Überblick über Terroristen und Extremisten zu gewinnen und Personenzusammenhänge und Organisationsstrukturen sowie Finanzwege aufzuhellen (§§ 7 und 8 Abs. 1 Nr. 12, Abs. 3 und 5).

Außerdem berücksichtigt der Entwurf bei entsprechenden Verweisungen, dass durch das Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254) das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses neu gefasst wurde und die neue Kurzbezeichnung „Artikel-10-Gesetz – G 10“ erhalten hat.

Die umfangreichen notwendigen Gesetzesänderungen sollen – wegen der besseren Übersichtlichkeit – nicht mit einem Änderungsgesetz vorgenommen, sondern durch einen neuen Gesetzentwurf umgesetzt werden.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1

Die in dieser Regelung enthaltene Zweckbeschreibung entspricht den in Artikel 73 Nr. 10 b GG und § 1 Abs. 1 BVerfSchG genannten Schutzgütern.

Zu § 2

Wie bisher bestimmt die Regelung des Absatzes 1, dass die Durchführung der Verfassungsschutzaufgaben in der Zuständigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV Bremen) liegen. Die Aufsicht obliegt dem Senator für Inneres und Sport.

Absatz 2 formuliert das Prinzip der organisatorischen Trennung von Polizei und Verfassungsschutz.

Absatz 3 ist Komplementärvorschrift zu § 5 BVerfSchG und den entsprechenden Vorschriften anderer Länder. Die Regelung ermöglicht ein unumgänglich notwendiges Tätigwerden anderer Verfassungsschutzbehörden auf dem Gebiet des Landes Bremen, z. B. bei grenzüberschreitenden Observationen. Das erforderliche Einvernehmen soll gewährleistet, dass die Verfassungsschutzbehörden anderer Länder an die materiellen Bestimmungen dieses Gesetzes gebunden sind.

Eine Regelung für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in den Ländern findet sich in Absatz 4. Diese hat der Bund aufgrund seiner oben genannten Gesetzgebungskompetenz in § 5 Abs. 2 BVerfSchG entsprechend geregelt, wonach es hierfür lediglich des „Benehmens“ der jeweiligen Landesbehörde für Verfassungsschutz bedarf und somit ausgeschlossen ist, dass an das Tätigwerden des BfV die strengeren Voraussetzungen zu knüpfen sind, die für den Fall eines Tätigwerdens anderer Landesbehörden für Verfassungsschutz gelten. Einer besonderen Regelung über die Zusammenarbeit des LfV Bremen mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder und dem BfV bedarf es nicht, da diese bereits in § 1 Abs. 1 und 2 BVerfSchG geregelt ist.

Zu § 3

§ 3 beschreibt die Aufgaben des Landesamtes in Anlehnung an § 3 BVerfSchG und entsprechende Vorschriften anderer Länder. Der verwendete Begriff „Informationen“ ist der Oberbegriff, der sowohl personenbezogene als auch sachbezogene Informationen umfasst.

In Absatz 1 Nr. 4 macht der Entwurf von dem Recht der Länder Gebrauch, den Aufgabenkatalog des LfV Bremen zu erweitern. Ergänzend aufgenommen werden, wie dies in verschiedenen Verfassungsschutzgesetzen der Länder der Fall und beim Bundesverfassungsschutzgesetz durch Artikel 1 des Terrorismusbekämpfungsgesetzes erfolgt ist, die mit Verfassungsrang ausgestatteten Schutzgüter des Gedankens der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 GG) und des friedlichen Zusammenlebens der Völker (Artikel 26 GG). Durch die eindeutige Aufgabenzuweisung wird die Beobachtung extremistischer ausländischer Organisationen, deren Bestrebungen sich gegen politische Gegner im Ausland richten, auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt.

Die Regelungen zur Festlegung von Beobachtungsobjekten (zu beobachtende Personen und Gruppierungen) erfolgen vor dem Hintergrund der Rechtsprechung zur so genannten Wesentlichkeitstheorie und dienen dazu, wesentliche, den Einzelnen unter Umständen erheblich betreffende Grundentscheidungen des LfV Bremen durch den Gesetzgeber zu normieren. Die Konkretisierung der zu beobachtenden Bestrebungen durch die Einführung einer Legaldefinition des Beobachtungsobjektes trägt auch dem Grundsatz der Normenklarheit Rechnung.

Absatz 2 beinhaltet eine umfassende Informationspflicht des Senators für Inneres und Sport durch das LfV Bremen. Das LfV Bremen hat ihn regelmäßig und umfassend über seine Auswertungsergebnisse zu unterrichten. In Anlehnung an § 16 BVerfSchG wird festgelegt, dass das LfV Bremen auch über die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu berichten hat. Die Änderung dient der notwendigen gesetzlichen Klarstellung der bisher nur in internen Dienstvorschriften geregelten Rechtslage.

Absatz 3 orientiert sich am Aufgabenkatalog des § 3 Abs. 2 BVerfSchG.

Zu § 4

Diese Vorschrift konkretisiert die bereits in § 1 Nr. 2 vorgesehene Mitwirkung des Verfassungsschutzes an der Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche oder gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder gerichtete Bestrebungen und Tätigkeiten. Es wird nunmehr für die für Inneres zuständige Behörde eine gesetzliche Verpflichtung begründet, die Öffentlichkeit auf der Grundlage der Auswertungsergebnisse des LfV Bremen durch einen regelmäßigen Verfassungsschutzbericht zu informieren (Absatz 1).

Das LfV Bremen ist nach Absatz 2 befugt, aber auch verpflichtet, ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mitzuwirken.

Zu § 5

Die Begriffsbestimmungen des § 5 Abs. 2 und 3 folgen denen des § 4 BVerfSchG.

Zu § 6

§ 6 stellt die allgemeine Befugnisnorm des Landesamtes für Verfassungsschutz dar.

Absatz 1 Satz 1 beachtet, dass nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 des novellierten Bremischen Datenschutzgesetzes die Verarbeitung besonderer Arten personenbezogener Da-

ten u. a. nur zulässig ist, soweit eine Rechtsvorschrift dies ausdrücklich vorsieht. Indem Regelungen dieses Gesetzes zur Verarbeitung personenbezogener Daten gleichermaßen für besondere Arten personenbezogener Daten gelten, wird durch die damit verbundene Einbeziehung deren Erwähnung an den übrigen zutreffenden Stellen vermieden. Der in Absatz 1 Satz 1 verwendete Begriff der Verarbeitung personenbezogener Daten ist dabei, wie auch an anderen Stellen des Gesetzes in Sinne des § 2 Abs. 2 des Bremischen Datenschutzgesetzes zu verstehen; danach ist Datenverarbeitung das Erheben, Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren, Löschen und Nutzen personenbezogener Daten. Zudem legt die Vorschrift die Voraussetzungen fest, unter denen sowohl personenbezogene Daten als auch sachbezogene Informationen (§ 3 Abs. 1) gesammelt werden dürfen.

Die Regelung in Absatz 2 dient der Transparenz. Sie ist eine datenschutzrechtliche Schutzvorschrift für die Informationsbeschaffung bei Betroffenen, die auch der Tatsache Rechnung trägt, dass der Verfassungsschutz keine Angaben erzwingen kann.

Zu § 7

Durch Artikel 1 des Terrorismusbekämpfungsgesetzes wurden in § 8 BVerfSchG die Befugnisse des BfV um Auskunftsrechte gegenüber Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen, Postdienstleistungsunternehmen, Luftfahrtunternehmen und Telekommunikationsdiensteanbietern erweitert. Der Bundesgesetzgeber hat in § 8 Abs. 11 BVerfSchG geregelt, dass diese Befugnisse den Verfassungsschutzbehörden der Länder unter den dort genannten Voraussetzungen ebenfalls zustehen. Durch den neuen § 7 werden diese Auskunftsbefugnisse und ein den bundesgesetzlichen Regelungen entsprechendes Verwaltungs- und Kontrollverfahren in das Bremische Verfassungsschutzgesetz eingeführt. Damit erhält auch das LfV Bremen – wie das BfV – die erweiterten Befugnisse im Rahmen der wichtigen Aufgabe der Vorfeldaufklärung. Dies ist wegen der verfassungsrechtlichen Zusammenarbeitspflicht der Landesämter für Verfassungsschutz und des BfV (Artikel 73 Nr. 10 b GG) geboten.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass betroffene Firmen und Unternehmen in der Regel bereit sind, derartigen Auskunftersuchen nachzukommen, soweit eine Rechtsgrundlage dafür vorhanden ist. Durch § 7 wird eine solche Rechtsgrundlage geschaffen.

In Absatz 1 sind Auskunftsrechte des LfV Bremen gegenüber Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen geregelt. Ausländische Gruppierungen nutzen – wie der Anschlag vom 11. September 2001 gezeigt hat – auch Deutschland zur Vorbereitung terroristischer Aktionen im Ausland. Die notwendigen logistischen Vorbereitungen und ihre Finanzierung erfolgen auch im Inland. Das LfV Bremen benötigt Informationen über Geldflüsse und Kontobewegungen, um die finanziellen Ressourcen und damit die Gefährlichkeit solcher Gruppierungen frühstmöglich einschätzen zu können. Diese Verbesserung der Erkenntnismöglichkeiten des Verfassungsschutzes dient der vom VN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1373 (2001), Nummer 1 Buchstabe a, nachdrücklich geforderten Unterbindung der Finanzströme terroristischer Organisationen.

Das in Absatz 2 geregelte Auskunftsrecht des LfV Bremen gegenüber Luftfahrtunternehmen ist notwendig, um frühzeitig umfassende Informationen über Reisewege zu erhalten. Diese Informationen sind unerlässlich für die rechtzeitige Analyse terroristischer Gruppen oder anderer Personen im Beobachtungsbereich des Verfassungsschutzes nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4, ihrer Ruhe- und Vorbereitungsräume sowie ihrer Zielgebiete.

Das LfV Bremen benötigt im Rahmen seiner präventiven Funktionen Informationen über die Kommunikationswege terroristischer Gruppen oder anderer Personen in den Beobachtungsbereichen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4, um die Überwachung der Kommunikationsinhalte im Wege der Post- und Fernmeldeüberwachung nach dem Artikel-10-Gesetz vorzubereiten. Das in Absatz 3 geregelte Auskunftsrecht gegenüber Personen oder Unternehmen, die Postdienstleistungen erbringen, besteht nur dann, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes benannten Straftaten geplant oder begangen wird oder begangen worden ist oder jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind. Mit dieser „Rele-

vanzschwelle“ wird die Datenerhebung rechtlich begrenzt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt.

Die in Absatz 4 geregelten Auskünfte zu den Begleitumständen der Telekommunikation und der Nutzung von Telediensten können wichtige Aufschlüsse über das Umfeld von Personen geben, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 vorliegen. Verbindungs- und Nutzungsdaten ermöglichen es beispielsweise, weitere Beteiligte terroristischer Netzwerke zu erkennen und damit zusätzliche Feststellungen zielgerichtet vorzubereiten. Auch die Bestimmung des Standortes des genutzten Gerätes bei der Telekommunikation im Festnetz und die auf der Grundlage der Verbindungsdaten erstellten Kommunikationsprofile können wichtige Aufschlüsse über die Kommunikationsbeziehungen der Organisationen ergeben, die nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 der Beobachtung unterliegen. Gleiches gilt für die Nutzungsdaten im Anwendungsbereich des Teledienstedatenschutzgesetzes. Den Belangen der betroffenen Person wird wie im Absatz 3 durch eine Bezugnahme auf die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes Rechnung getragen.

Nach § 8 Abs. 11 BVerfSchG stehen den Verfassungsschutzbehörden der Länder die neuen Befugnisse nur dann zu, wenn der Landesgesetzgeber ein den Bundesregelungen gleichwertiges Verwaltungs- und Kontrollverfahren regelt. Dies ist mit den Regelungen in den Absätzen 5 und 6 geschehen. Nach der Bundesregelung (§ 8 Abs. 9 Satz 2 BVerfSchG) muss die Antragstellung durch den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter erfolgen. Die Entscheidung über den Antrag obliegt dem vom Bundeskanzler beauftragten Bundesministerium. Dieses Verfahren wird in Bremen in gleicher Weise geregelt. Die Antragstellung erfolgt durch die Leiterin oder den Leiter des LfV Bremen oder die Vertreterin oder den Vertreter. Über den Antrag entscheidet der Senator für Inneres und Sport (Absatz 5).

Auskünfte nach den Absätzen 3 und 4 umfassen nähere Umstände der Kommunikation zwischen Personen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unterliegen auch die Kommunikationsumstände dem Schutz des Grundrechts aus Artikel 10 GG. Zu den Kommunikationsumständen gehört insbesondere, ob, wann und wie oft zwischen welchen Personen oder Fernmeldeanschlüssen Fernmeldeverkehr stattgefunden hat oder versucht worden ist (BVerfGE 100, 313, 358; 85, 386, 396; 67, 157, 172). Entsprechendes gilt für den Postverkehr. Für Beschränkungsmaßnahmen der Telekommunikation und der dem Brief- und Postgeheimnis unterliegenden Sendungen im Rahmen des Artikel-10-Gesetzes trifft die G-10-Kommission die abschließende Entscheidung über deren Anordnung und kontrolliert die Zulässigkeit und Notwendigkeit dieser Beschränkungsmaßnahmen. Für die in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Auskünfte obliegt daher in gleicher Weise der G-10-Kommission (§ 1 Abs. 3 Brem.AG G 10) die abschließende Entscheidung und Kontrolle (§ 3 Abs. 1 Brem.AG G 10). Die Regelungen entsprechen dem Bundesrecht.

Auch wenn das durch Artikel 10 GG geschützte Brief- und Postgeheimnis durch die Einholung von Auskünften bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen sowie Luftfahrtunternehmen nicht berührt ist, wird entsprechend der Bundesregelung auch für diese Auskünfte eine Entscheidung der G-10-Kommission verlangt.

Absatz 6 regelt näher die Kontrollbefugnisse der G-10-Kommission.

Durch Absatz 6 Satz 6 wird die Verpflichtung des Auskunftsgewährenden zur Verschwiegenheit gegenüber den betroffenen Personen (Kunden) und Dritten geregelt. Dies ist erforderlich, um effektive Ermittlungen des LfV Bremen sicherzustellen.

Durch die Bezugnahme auf § 12 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Brem.AG G 10 wird festgelegt, dass Auskunftsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 4 den Betroffenen nach ihrem Abschluss mitzuteilen sind, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. Auch diese Mitteilungspflicht soll das Recht auf informationelle Selbstbestimmung schützen und der betroffenen Person die Möglichkeit geben zu erkennen, in welchem Zusammenhang Daten über sie erhoben sind.

Die Regelung des Absatzes 7 entspricht dem Regelungsgehalt in § 8 Abs. 10 BVerfSchG. In dieser Vorschrift wird der Umfang der Kontrolle sowie die Pflichten der G-10-Kommission gegenüber der Bürgerschaft festgeschrieben.

Absatz 8 folgt der Verpflichtung aus § 8 Abs. 11 BVerfSchG zur Berichterstattung über die durchgeführten Maßnahmen an das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes unter entsprechender Anwendung des § 8 Abs. 10 Satz 1 Halbsatz 2 BVerfSchG. Nach Artikel 118 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung vertritt grundsätzlich der Senat die Freie Hansestadt Bremen nach außen, er kann nach Absatz 3 jedoch seine Befugnisse nach Absatz 1 ganz oder teilweise, in diesem Falle auf den zuständigen Fachsenator (siehe § 2 Abs. 1), übertragen.

Mit der Vorschrift des Absatzes 9 wird dem Zitiergebot nach Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG entsprochen.

Zu § 8

Absatz 1 enthält eine abschließende Aufzählung der zur Informationsbeschaffung zulässigen nachrichtendienstlichen Mittel. Nach den Nummern 4 und 7 sind Bildaufzeichnungen sowie das heimliche Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel auch im Schutzbereich des Artikel 13 GG möglich. Die Voraussetzungen und Verfahrensvorschriften für den Einsatz dieser nachrichtendienstlichen Mittel sind in § 9 geregelt.

Um auch bei den Befugnissen des LfV Bremen den weitreichenden technischen Fortschritten auf dem Gebiet der Telekommunikation ausreichend Rechnung zu tragen, wird in Nummer 12 der Einsatz technischer Mittel zur Ermittlung des Standortes von aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräten und zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern geregelt. Da es sich bei dem so genannten IMSI-Catcher um ein nachrichtendienstliches Mittel handelt und die Aufzählung dieser Mittel in Absatz 1 abschließend ist, ist es an dieser Stelle zu nennen. Einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung zum Einsatz des IMSI-Catchers im Interesse der Rechtsklarheit wurde damit Genüge getan. Die Voraussetzungen und Verfahrensvorschriften für den Einsatz dieses neuen nachrichtendienstlichen Mittels sind in Absatz 4 geregelt.

Absatz 2 normiert die Voraussetzungen für die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zur Klarstellung wird in Nummer 4 vermerkt, dass diese auch zur Überprüfung der Zuverlässigkeit bereits verpflichteter Quellen eingesetzt werden dürfen. Hierdurch werden etwaige Zweifel, ob auch die Überprüfung der Zuverlässigkeit von Quellen mit nachrichtendienstlichen Mitteln möglich ist, ausgeräumt und die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel in diesem Bereich eindeutig geregelt.

Absatz 3 trägt den Interessen der durch Zeugnisverweigerungsrechte geschützten Personen Rechnung. Die Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach Absatz 1 Nrn. 1, 2 und 7 über die Sachverhalte, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht bezieht, ist deshalb für die Fälle des § 53 StPO absolut unzulässig.

Mit Absatz 4 werden die Voraussetzungen und Verfahrensregelungen festgeschrieben, unter denen das LfV Bremen technische Mittel zur Ermittlung des Standorts von aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräten und zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern (IMSI-Catcher) einsetzen darf. Durch weit reichende technische Fortschritte auf dem Gebiet der Telekommunikation, insbesondere der Nutzung von Mobilfunktelefonen, ist der Einsatz neuer technischer Mittel bei der Beobachtung von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 dringend notwendig geworden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung zum Einsatz des so genannten IMSI-Catchers, um die Geräte- und Kartennummern von Telefonen ermitteln und auf dieser Basis auch die Standorte der Geräte lokalisieren zu können, ist erforderlich. Angehörige terroristischer Gruppen nutzen zunehmend Mobiltelefone, deren Herkunft den Sicherheitsbehörden nicht bekannt ist. Die Telefonnummern solcher Geräte können daher auch über einen Provider nicht festgestellt werden; sie sind aber für einen ordnungsgemäßen Antrag auf Anordnung der Telekommunikationsüberwachung nach dem Artikel-10-Gesetz erforderlich. Mit Hilfe der Kartennummer lässt sich die zugehörige Telefonnummer in der Regel problemlos ermitteln.

Der Einsatz des IMSI-Catchers wird folgerichtig an die strengen Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes geknüpft. Soweit aus technischen Gründen unvermeidbar Daten Dritter anlässlich des Einsatzes des Gerätes erhoben werden, unterliegen diese Daten einem absoluten Verwendungsverbot und sind unverzüglich zu löschen.

Die Erkenntnisse nach Absatz 4 berühren nähere Umstände der Kommunikation zwischen Personen, die dem Schutz des Grundrechts aus Artikel 10 GG unterliegen. In entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 5 obliegt der G-10-Kommission deshalb ebenso wie in den Fällen des § 7 Abs. 3 und 4 auch in diesen Fällen die abschließende Entscheidung und Kontrolle über den Einsatz der technischen Mittel. Die entsprechende Anwendung des § 7 Abs. 7 stellt die parlamentarische Kontrolle sicher. Mit Satz 6 wird dem Zitiergebot nach Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG entsprochen.

Absatz 5 präzisiert den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit für die Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Absatz 6 enthält eine besondere Verpflichtung des LfV Bremen zur Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Die in Absatz 7 normierte Hilfeleistungspflicht für die dort genannten Behörden steht gleichrangig neben den gewöhnlichen Pflichten der jeweiligen Behörde und ergänzt damit den allgemeinen Amtshilfegrundsatz nach Artikel 35. Sofern im Einzelfall die Hilfeleistungspflicht mit anderen Aufgaben der Behörde kollidiert, kann in Absprache mit dem LfV ein Ausgleich gesucht werden. Mit der Verwendung von Tarnmitteln sind im Übrigen keine Erweiterung der Kompetenzen des LfV verbunden.

Zu § 9

In § 9 sind die Voraussetzungen und Verfahrensregelungen enthalten, unter denen das LfV Bremen auch im Schutzbereich des Artikels 13 GG Bild- und Tonaufzeichnungen mit verdeckten technischen Mitteln durchführen darf. Durch die Einfügung dieser Befugnis wird das Bremische Verfassungsschutzgesetz an die Regelungen in zahlreichen anderen Landesgesetzen und im Bundesgesetz angepasst. Darüber hinaus besteht für die Einführung dieser Befugnis nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 eine aktuelle Notwendigkeit. Die herkömmlichen nachrichtendienstlichen Mittel einschließlich der Telefonüberwachung reichen in der Regel nicht aus, um in besonders gefahrträchtigen Bereichen des politischen Extremismus (z. B. Staatsterrorismus oder sonstiger Terrorismus) die notwendige Informationsbeschaffung zu gewährleisten. Insbesondere auch in Anbetracht der außerordentlichen Abschottung und straff organisierten Vorgehensweise bestimmter extremistischer Vereinigungen müssen andere Modalitäten zur Informationsbeschaffung für das LfV Bremen geschaffen werden. Nach den Erfahrungen des LfV Bremen kann mit den bisher zulässigen nachrichtendienstlichen Mitteln z. B. nicht immer ermittelt werden, ob in Moscheen, deren Besucher in Verdacht stehen, mit terroristischen Gruppierungen zusammen zu arbeiten, Absprachen zur Zusammenarbeit oder Unterstützung dieser Organisationen getroffen werden. Auch im Spionagebereich sind die notwendigen Erkenntnisse oft nicht zu gewinnen. Selbst durch Beschränkungsmaßnahmen nach dem Artikel-10-Gesetz ist die notwendige Informationsbeschaffung nicht immer möglich, weil die Betroffenen sich am Telefon äußerst konspirativ verhalten und von der Möglichkeit der Kryptierung Gebrauch machen. Diese Beispiele zeigen, dass der Einsatz technischer Mittel auch im Schutzbereich des Artikels 13 GG geeignet und erforderlich ist, um die zur Erfüllung der Aufgaben des LfV Bremen notwendigen Erkenntnisse zu erlangen. Auch die Abwägung zwischen dem Grundrechtsschutz und dem Interesse der Allgemeinheit, die innere Sicherheit zu schützen, führt angesichts der aktuellen Bedrohungslage und der durch die Beispiele belegten Notwendigkeit des Einsatzes technischer Mittel in Wohnungen zu keinem anderen Ergebnis. Das Interesse des Grundrechtsträgers an dem Schutz seines Grundrechts hat im Interesse der Allgemeinheit angesichts der aktuellen Situation zurück zu stehen. Der veränderten Bedrohungslage nach den Terroranschlägen des Jahres 2001 soll durch die Befugnis zum Einsatz technischer Mittel auch im Schutzbereich des Artikels 13 GG Rechnung getragen werden.

Durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 26. März 1998 ist in Artikel 13 Abs. 4 GG nunmehr geregelt, dass technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen aufgrund richterlicher Anordnung zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, eingesetzt werden dürfen. Diese Vorgaben werden in Absatz 1 in der Weise umgesetzt, dass ein verdeckter Einsatz technischer Mittel in Wohnungen zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes vorlie-

gen. Bei den Voraussetzungen für einen Eingriff in den Schutzbereich des Artikels 13 GG wird demnach Bezug genommen auf die hohen Anforderungen, die für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 GG geschaffen wurden. Übernommen wurde aus § 3 Abs. 2 Satz 1 des Artikel-10-Gesetzes auch die Voraussetzung, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert sein muss.

Das Vorliegen der Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes bedeutet, dass erstens die Anforderungen des in Bezug genommenen § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Artikel-10-Gesetzes erfüllt sein müssen. Danach darf ein verdeckter Einsatz technischer Mittel in Wohnungen nur dann erfolgen, wenn die Eingriffsschelle einer drohenden Gefahr für die dort genannten Rechtsgüter gegeben ist. Darüber hinaus müssen zweitens tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorhanden sein, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 Satz 1 des Artikel-10-Gesetzes normierten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt nach § 3 Abs. 1 Satz 2 des Artikel-10-Gesetzes, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind. Damit wird sichergestellt, dass der erhebliche Eingriff in das Grundrecht aus Artikel 13 GG nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für besonders schwerwiegende Straftaten in Betracht kommt und einer restriktiven Handhabung unterliegt. Der Einsatz dieser nachrichtendienstlichen Mittel darf sich nur gegen die verdächtige Person richten.

Die Absätze 2 und 3 dienen der Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Wohnraumüberwachung im Kernbereich der privaten Lebensgestaltung gemäß der Rechtsprechung der Bundesverfassungsgerichts zum Strafprozessrecht (Urteil vom 3. März 2004) hat dieser Bereich als ein letztes Refugium und Ausfluss der gemäß Artikel 1 Abs. 1 GG geschützten Menschenwürde von der Überwachung freizubleiben.

Der Entwurf übernimmt diesen Maßstab auch für Überwachungsmaßnahmen des LfV und entspricht der mit Gesetz vom 24. Juni 2005 in § 100 c StPO eingefügten Regelung.

Absatz 4 lehnt sich ebenfalls eng an § 100 c StPO und dient dem Schutz des Kontakts zu den in §§ 52 bis 53 a StPO genannten Personen, die zur Zeugnisverweigerung berechtigt sind.

Absatz 5 bestimmt, dass der Einsatz technischer Mittel in Wohnungen entsprechend der Regelung des Artikels 13 Abs. 4 Satz 1 GG einer richterlichen Anordnung bedarf, für die das Amtsgericht zuständig ist, in dessen Bezirk das LfV Bremen seinen Sitz hat. Als Verfahrensrecht sollen die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend angewendet werden. Die Entscheidungskompetenz bei Gefahr im Verzuge (Artikel 13 Abs. 4 Satz 2 GG) liegt bei der Leiterin oder dem Leiter des LfV Bremen oder der Vertreterin oder des Vertreters. Eine richterliche Entscheidung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen.

Die Anordnung ist in Anlehnung an das Verfahren nach dem Artikel-10-Gesetz (§ 10 Abs. 5 Artikel-10-Gesetz) auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils – wiederum höchstens – drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung weiterhin vorliegen.

Entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird angesichts der Schwere des Grundrechtseingriffs zur Klarstellung geregelt, dass die Maßnahme unverzüglich zu beenden ist, wenn die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen oder der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich ist. Aus diesem Grund und in Anlehnung an § 11 Abs. 1 Artikel-10-Gesetz wird auch der Vollzug der Anordnung unter die Aufsicht einer oder eines Bediensteten des LfV Bremen, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, gestellt.

In Absatz 6 wird dem LfV Bremen die Befugnis eingeräumt, auf Anordnung der Leiterin oder des Leiters oder der Vertreterin oder des Vertreters technische Mittel auch zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen zu verwenden, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für deren Leben, Gesundheit oder Freiheit unerlässlich ist. Dies entspricht der Regelung in Artikel 13 Abs. 5 GG. Bei der Ab-

wägung zwischen dem Schutzbereich des Artikels 13 GG einerseits und dem Recht der Bediensteten und Quellen des LfV Bremen auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit andererseits, kommt insbesondere der Fürsorgepflicht für die Bediensteten entscheidende Bedeutung zu.

Absatz 7 normiert die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission über die Maßnahme.

Mit der Vorschrift des Absatzes 8 wird dem Zitiergebot nach Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG entsprochen.

Zu § 10

Absatz 1 bindet die Weiterverarbeitung der durch Maßnahmen nach den §§ 7 und 8 Abs. 1 Nr. 12 erlangten personenbezogenen Daten an die in § 4 des Artikel-10-Gesetzes normierten Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, die nach dieser Vorschrift geltenden Regelungen für die Übermittlung sowie die Zweckbindung.

Absatz 2 betrifft die Weiterverarbeitung der nach § 8 Abs. 1 erhobenen personenbezogenen Daten. Die strengen Voraussetzungen des Artikel-10-Gesetzes zur Übermittlung der durch nachrichtendienstliche Mittel erhobenen personenbezogenen Daten finden Anwendung, wenn diese durch Maßnahmen gewonnen wurden, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen. In Anerkennung des hohen Datenschutzstandards, den diese Daten erfordern, wird klargestellt, dass auch die Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten des § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 des Artikel-10-Gesetzes entsprechende Anwendung finden. Absatz 2 berücksichtigt zudem, dass die nachrichtendienstlichen Mittel um das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel sowie Bildaufzeichnungen innerhalb des Schutzbereichs des Artikels 13 GG erweitert wurden. Satz 4 konkretisiert für dieses besondere nachrichtendienstliche Mittel den Grundsatz, dass eine Übermittlung für andere Zwecke nur zulässig ist, wenn das zur Erhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen.

Absatz 3 knüpft an die Vorschrift des Artikels 13 Abs. 5 GG an und stellt damit sicher, dass die bei einer Maßnahme nach § 9 Abs. 6 erhobenen Daten für andere Zwecke der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung nur unter der Voraussetzung verwertet werden dürfen, dass das zur Erhebung verwendete nachrichtendienstliche Mittel auch hierfür in Betracht gekommen wäre. Voraussetzung ist darüber hinaus die richterliche Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. Zusätzlich sollen auch bei diesen personenbezogenen Daten die Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten des § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 des Artikel-10-Gesetzes sowie der Zweckbindungsgedanke in § 4 Abs. 6 des Artikel-10-Gesetzes entsprechende Anwendung finden.

Absatz 4 normiert die Mitteilungspflicht gegenüber den Betroffenen bei Maßnahmen nach Absatz 1, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen. Zusätzlich wird auch für das nunmehr zulässige heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel sowie Bildaufzeichnungen innerhalb des Schutzbereichs des Artikels 13 GG eine Mitteilungspflicht gegenüber den Betroffenen festgeschrieben. Die Verpflichtung zur Benachrichtigung, die Möglichkeit, fünf Jahre nach Beendigung der Maßnahme endgültig von der Benachrichtigung abzusehen, und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission innerhalb von sechs Monaten nach Einstellung der Maßnahme über die Benachrichtigung oder die Gründe, die einer Benachrichtigung entgegenstehen, wird entsprechend den für Beschränkungsmaßnahmen nach dem Artikel-10-Gesetz geltenden Vorschriften geregelt.

Zu § 11

Diese Vorschrift regelt die Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten.

Absatz 1 bestimmt, dass auch für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1, also im Vorfeld der Entscheidung über die Bestimmung einer Bestrebungs- als Beobachtungsobjekt, die Speicherung, Ver-

änderung und Nutzung personenbezogener Daten erlaubt ist. In Dateien ist dies nur zulässig, wenn es sich um gewalttätige Bestrebungen oder Tätigkeiten handelt, in Akten ist die Verarbeitung der Daten auch im Falle der Erforschung und Bewertung nicht gewalttätiger Bestrebungen oder Tätigkeiten zulässig.

Zu § 12

Diese Vorschrift regelt die Befugnisse des LfV Bremen zur Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen.

Absatz 1 unterscheidet für die Speicherung, Veränderung und Nutzung der Daten über das Verhalten Minderjähriger danach, ob die Daten in Akten, die zur Person der oder des Minderjährigen geführt werden oder in Dateien verarbeitet werden sollen. In beiden Regelungen ist Anknüpfungspunkt die Vollendung des 16. Lebensjahres. Dies hat seinen Grund darin, dass sowohl im Bereich des Rechtsextremismus als auch bei anderen militanten Extremisten eine deutliche Verjüngung des Mitgliederkreises feststellbar ist. Insbesondere in rechtsextremistischen Skinhead-Gruppen und anderen gewalttätigen rechtsextremistischen Gruppierungen sind zunehmend jüngere Personen organisiert, die sich teilweise äußerst militant verhalten. Während personenbezogene Daten in Akten im Zusammenhang mit Straftaten nach § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes auch vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeichert, verändert und genutzt werden dürfen, ist dies in Dateien zum Schutz der Jugendlichen erst ab Vollendung des 16. Lebensjahres unter der Voraussetzung zulässig, dass tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 besteht, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt wird.

Die in Absatz 2 nach dem Alter der Minderjährigen gestaffelten Überprüfungs- und Lösungsfristen sollen das Mitschleppen von „Jugendsünden“ verhindern.

Zu § 13

Die Absätze 1 und 2 treffen grundsätzliche Festlegungen zur Berichtigung bzw. zur Löschung von personenbezogenen Daten in Dateien.

Nach Absatz 3 Satz 1 hat das LfV Bremen spätestens nach fünf Jahren zu prüfen, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Satz 2 bestimmt als Höchstspeicherungsfrist für personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 eine Frist von zehn bzw. 15 Jahren. Absatz 3 trägt den Erfahrungen der Verfassungsschutzbehörden Rechnung, dass sich Personen in bestimmten Beobachtungsfeldern langfristig konspirativ verhalten (so genannte Schläfer) und gerade islamistische Gruppierungen von ihrer Zielsetzung her meist auf Dauer angelegt sind. Die Praxis hat gezeigt, dass kürzere Fristen oft zu Verlusten wichtiger Erkenntnisse führen, weil die Daten in aller Regel auch nach Ablauf der genannten Fristen für die Aufgabenerledigung benötigt werden. Die Regelung entspricht der Gesetzeslage auf Bundesebene und ist erforderlich, um durch identische Speicherungsfristen einen optimalen Datenaustausch zu gewährleisten.

Absatz 4 enthält Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung und der Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebs einer Datenverarbeitungsanlage.

Zu § 14

Diese Vorschrift ist eine spezielle datenschutzrechtliche Regelung für in Akten enthaltene personenbezogene Daten.

Zu § 15

Absatz 1 legt als weitere spezielle Datenschutzvorschrift die Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb automatisierter Dateien fest. Mit den in dem Katalog der Nummern 1 bis 7 genannten verfahrenstechnischen und verfahrensrechtlichen Vorschriften soll sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten nur in dem für die Aufgabenerfüllung notwendigen Maß gespeichert und genutzt sowie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften übermittelt werden. Der Zweck der Datei und der betroffene Personenkreis sind somit jederzeit feststellbar. Von besonderer da-

tenschutzrechtlicher Bedeutung ist, dass in festzulegenden Abständen Prüfungen nach Notwendigkeit der Weiterführung und der Änderungen der Dateien vorzunehmen sind.

Nach Absatz 2 hat das LfV für eine Dateibeschreibung die Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde einzuholen.

Zu § 16

Diese Vorschrift normiert einen bereichsspezifischen Auskunftsanspruch gegenüber dem LfV Bremen und enthält die aus der Sache gebotenen Begrenzungen mit weitgehenden Ersatzsicherungen durch die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Absatz 1 stellt klar, dass Angaben über die Herkunft von Daten und die empfangende Stelle von Übermittlungen von der Auskunftsverpflichtung ausgenommen sind.

Zu § 17

Diese Regelung beschränkt die Übermittlung personenbezogener Daten durch eine vom LfV Bremen entsprechend ersuchte Behörde oder Stelle auf die dort bereits bekannten oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnehmbaren Daten. Eine Ausforschung personenbezogener Daten durch die ersuchte Behörde oder Stelle ist nicht statthaft.

Zu § 18

Nach Absatz 1 müssen die Behörden des Landes und der Gemeinden das LfV Bremen über solche Tatsachen von sich aus unterrichten, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter gerichtet sind.

Für die Ausländerbehörden hat sich die Unterrichtungspflicht nach Absatz 1 als zu eng gefasst erwiesen, da sie das Vorliegen von entsprechenden Tatsachen verlangt. Behörden, bei denen Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen gestellt werden, können häufig nicht erkennen, ob sich der Antragsteller an geheimdienstlichen Tätigkeiten oder gewaltgeneigten Bestrebungen beteiligt oder beteiligen wird. Der Bundesgesetzgeber hat deshalb mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz auch die Ausländerbehörden der Länder verpflichtet, Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 an die jeweilige Verfassungsschutzbehörde weiterzugeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich ist. Dies ist in der Regel der Fall, wenn eine Person in ihrer Heimat einer islamistischen gewaltbereiten Organisation angehört. Die Informationen sind wichtig, um einen Überblick über die mögliche Entwicklung von Ablegern solcher Organisationen mit der Folge möglicher terroristischer Aktivitäten zu gewinnen. Zur besseren Übersicht über die Datenübermittlungsvorschriften wird die Bundesregelung im Bremischen Verfassungsschutzgesetz in Absatz 2 des § 18 wiederholt. Die Ausländerbehörden werden mit der neuen Regelung den Staatsanwaltschaften und den Polizeibehörden gleichgestellt.

Zu § 19

Die Aufzählung von Registern in Absatz 1 ist nicht abschließend. Denn andernfalls müssten bei neu einzuführenden Registern jeweils entsprechende Gesetzesänderungen erfolgen, weil nicht aufgeführte Register von der Einsichtnahme ausgeschlossen wären. Grundsätzlich müssen für das LfV Bremen unter den in § 19 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 genannten Voraussetzungen Registereinsichtnahmen möglich sein, wenn dies zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist (Güterabwägung); ein Ausschluss bestimmter Register kann daher deshalb nicht erfolgen.

Absatz 2 legt Einschränkungen beim Registereinsichtsrecht fest. Die Registereinsicht ist gegenüber der Informationsübermittlung auf Ersuchen gemäß § 18 Abs. 3 nachrangig, weil bei der Registereinsicht möglicherweise auch Daten, die nicht mit dem Beobachtungsauftrag im Zusammenhang stehen, in die Kenntnis des LfV Bremen gelangen könnten. Die Nachrangigkeit entfällt jedoch bei Vorliegen der in Absatz 2 Nrn. 1 und 2 genannten Gründe.

Die Regelungen der Absätze 3 bis 5 tragen der Schwere des Eingriffs Rechnung.

Zu § 20

Die Vorschrift zur Übermittlung personenbezogener Daten durch das LfV Bremen an inländische Behörden wird an die Regelungen in anderen Landesgesetzen und beim Bund angepasst. Hierdurch sollen Datenübermittlungen ermöglicht werden, soweit sie für Zwecke der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung benötigt werden. Auf die Zwecke der Strafverfolgung wird aus Gründen der Normenklarheit und im Hinblick auf die Regelung in § 21 zur „Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes“ ausdrücklich hingewiesen. Die Steigerung der Effektivität der Strafverfolgung und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit spricht für eine Ausdehnung der Datenübermittlungen an inländische Behörden in Anpassung an andere Landesgesetze und die Regelungen des Bundes. Der Verfassungsschutz soll nunmehr in die Lage versetzt werden, unter Berücksichtigung der sonstigen Voraussetzungen zu Zwecken der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung die bei ihm vorhandenen personenbezogenen Daten an andere Sicherheitsbehörden weitergeben zu können.

Absatz 2 regelt die Datenübermittlung an Dienststellen der alliierten Streitkräfte.

Durch die Übernahme der Bundesregelung in Satz 4 des Absatzes 3 wird klargestellt, dass eine Übermittlung der Daten, die von einer Ausländerbehörde empfangen wurden, grundsätzlich unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten.

Ebenso wie die Bundesvorschrift zur Regelung von Datenübermittlungen von den Ausländerbehörden der Länder an die jeweilige Verfassungsschutzbehörde (§ 15 Abs. 2) aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit im Bremischen Verfassungsschutzgesetz wiederholt wird, wird auch die vom Bund im Rahmen seiner Regelungskompetenz getroffene Regelung zur Weiterverarbeitung der Daten bei der empfangenden Stelle in diesem Gesetz wiederholt.

Absatz 4 erlaubt die Datenübermittlung an einzelne Personen oder an andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Stellen. Dies ist zum Schutz aller Rechtsgüter im Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes erforderlich, um z. B. Fluggesellschaften oder Banken warnen zu können, dass gewalttätige Extremisten ihre Dienste nutzen wollen. Nach Absatz 4 darf eine Übermittlung nur im Einzelfall erfolgen, wenn der Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 dies erforderlich macht, also z. B. Spionage, Ausländerextremismus oder -terrorismus vorliegen.

Ferner soll sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten im Einzelfall auch an lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen (z. B. private Unternehmen, die der Versorgung der Bevölkerung, wie Energie- und Wasseranlagen dienen) übermittelt werden dürfen. Es muss eine Möglichkeit der Datenübermittlung geben, um z. B. Einrichtungen, die in der Daseinsvorsorge tätig sind, vor der Einstellung möglicher Innentäter warnen zu können. Durch diese Änderung wird das Bremische Verfassungsschutzgesetz an die Regelungen auf Bundesebene, die durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz aufgenommen wurden, angepasst. Insbesondere wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bislang vom Staat wahrgenommene Aufgaben privatisiert wurden, was aber nicht dazu führen darf, dass Datenübermittlungen, die die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten können, nicht mehr möglich sind. In Anlehnung an die Bundesregelungen wird dem Zustimmungsvorbehalt durch die Zustimmung des Senators für Inneres und Sport Genüge getan.

Satz 6 regelt die Mitteilungspflicht gegenüber der betroffenen Person entsprechend den Regelungen im Bundesverfassungsschutzgesetz.

Durch Satz 7 wird sichergestellt, dass die Zustimmung nach Satz 1 sowie das Führen eines Nachweises nach Satz 2 in den Fällen nicht erforderlich sind, wenn personenbezogene Daten durch das LfV Bremen zum Zwecke von Datenerhebungen an andere Stellen übermittelt werden. Die Datenerhebung setzt verschiedentlich eine Übermittlung personenbezogener Daten durch das LfV Bremen an Private voraus. So muss z. B. bei den Ermittlungen des LfV Bremen zu Mitgliedern von Beobachtungsobjekten gegenüber den Auskunftspersonen (private Dritte) regelmäßig der Name der Person genannt werden, zu der ermittelt wird. Datenschutzrechtlich ist dies eine Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte gemäß Satz 1. Durch die

Ergänzung um Satz 7 wird erreicht, dass die einschränkenden Vorschriften der Sätze 1 und 2 in diesen Fällen nicht gelten.

Zu § 21

Als Spezialvorschrift zu § 20 regelt § 21 die Übermittlung von Informationen durch das LfV Bremen an die Polizeibehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes sowie die Befugnis für die Polizeibehörden und die Voraussetzungen, beim LfV Bremen Informationen einschließlich personenbezogener Daten einzuholen. Die Regelung entspricht § 21 Abs. 1 in Verbindung mit § 20 Abs. 1 und 2 BVerfSchG.

Zu § 22

Diese Regelung sieht für die Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit eine Güterabwägung vor, bei der das Interesse der Allgemeinheit und das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Person zu berücksichtigen sind.

Zu § 23

Absatz 1 ordnet eine Reihe von Übermittlungsverboten an.

Absatz 2 ist die Fortführung des Gedankens aus § 12 Abs. 1 und ergänzt den dort auf die Speicherung, Veränderung und Nutzung bezogenen Schutz Minderjähriger in dem Bereich der Datenübermittlungen.

Zu § 24

Die Vorschrift entspricht § 25 BVerfSchG und ist vor allem ein Regulativ für die vom Gesetz zugelassenen Möglichkeiten, Informationen ohne Ersuchen der empfangenden Stelle zu übermitteln. Die Pflicht der empfangenden Stelle zur Prüfung der Erforderlichkeit einer übermittelten personenbezogenen Information für die eigene Aufgabenerfüllung erstreckt sich sowohl auf unaufgeforderte Mitteilungen als auch auf personenbezogene Informationen, die aufgrund eines Ersuchens erlangt wurden. Die Vorschrift erlegt der empfangenden Stelle ein Vernichtungs- bzw. Lösungsgebot auf, wenn nach dem Prüfungsergebnis die betreffende Information für die Aufgabenerledigung nicht erforderlich ist. Aus Gründen der Praktikabilität und um unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sind Ausnahmen vom Vernichtungs- bzw. Lösungsgebot zugelassen, an deren Stelle die Verpflichtung zur Sperrung der personenbezogenen Information tritt. Soweit die Übermittlung nicht auf dem Landesgesetz, sondern auf Pflichten des BVerfSchG beruht, gilt hierfür § 25 BVerfSchG.

Zu § 25

Die Vorschrift gibt die bereits bestehende Praxis wieder, unrichtige oder unvollständige Informationen gegenüber der empfangenden Stelle zu berichtigen, soweit es der Schutz der betroffenen Person erfordert.

Zu §§ 26 bis 30

Der fünfte Abschnitt enthält Vorschriften über die parlamentarische Kontrolle, die bislang in § 7 des bremischen Verfassungsschutzgesetzes geregelt ist. Diese in der Praxis bewährten Vorschriften wurden im Wesentlichen beibehalten, wobei die beispielhafte Aufzählung von Unterrichtungspunkten durch die Verpflichtung zu einer grundsätzlich umfassenden Unterrichtung über die Tätigkeit des LfV Bremen im Allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung ersetzt worden ist.

Zu § 31

Die Vorschrift stellt klar, dass die Spezialvorschriften dieses Gesetzes über den Umgang mit Informationen den korrespondierenden Regelungen des Bremischen Datenschutzgesetzes vorgehen.

Zu § 32

Die Regelung enthält die übliche Inkrafttretensregelung und hebt zugleich das bislang geltende Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen auf. Zugleich sieht sie eine Befristung einiger Regelungen vor, die befristeten bundesrechtlichen Vorschriften entsprechen.